



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)

Pressekontakt:  
Marion Hoppen  
Pressesprecherin

[marion.hoppen@bfw-bund.de](mailto:marion.hoppen@bfw-bund.de)

## PRESSEMITTEILUNG

### **BFW-Präsident Ibel: Warum wir die Klimaschutzpolitik vom Kopf auf die Füße stellen müssen**

**Berlin, 03.11.2017. „Für Deutschlands Bedeutung beim Klimaschutz ist nicht entscheidend, wieviel Tonnen CO2 wir auf dem Papier einsparen. Entscheidend ist, welche innovativen und nachhaltigen Lösungen wir schaffen, um dieses Ziel gemeinsam zu erreichen. Klimapolitik muss innovationsfördernde Wirtschaftspolitik sein!“ Mit diesen Worten appelliert Andreas Ibel, Präsident des BFW Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, im Vorfeld der Weltklimakonferenz für eine neue politische Ausrichtung.**

Ibel betonte die Vorreiterrolle der Immobilienunternehmen beim Klimaschutz: „Die Immobilienbranche ist bisher Musterschüler bei der Erfüllung der Zielvorgaben. Allerdings führt ein „Weiter so“ an Grenzen. Innovationen kann man nicht verordnen, man muss ihnen Zeit und Gestaltungsraum geben. Davon sind wir weit entfernt. Die Fesseln des Ordnungsrechts und insbesondere die permanenten Novellen des Energieeinsparrechts lähmen neues Denken. Statt neuer Wege werden die alten Sackgassen bis zum Ende gegangen.“

Die EnEV wurde seit dem Jahr 2000 sechs Mal verschärft. Im selben Zeitraum verteuerten sich die Kosten für den technischen Ausbau, der überwiegend auf der EnEV und EEWärmeG basiert, um 132 %. „Im Gebäudebereich dürfen nicht dieselben Fehler gemacht werden wie im Automobilbereich – etwa durch Vorgaben, die nur unter Laborbedingungen und auf Papier zu erreichen sind“, warnt Ibel.

Zudem wird mit der EnEV ein falscher Fokus gesetzt, da der Neubau nur ein Prozent des Bestandes abbildet. Die Energiewende kann nur im Bestand gewonnen werden. „Wir unterstützen deshalb das Vorhaben der Bundeskanzlerin, in der neuen Legislaturperiode die energetische Förderung anzupacken und mit neuen Investitionsanreizen wie einer degressiven AfA zu kombinieren“, so Ibel. „Wir können aber nur davor warnen, die energetische Förderung an die höchstmögliche Energieeffizienz zu koppeln. Wir brauchen keine Spitzen-, sondern eine Breitenförderung!“

Ibel plädiert für einen breiteren Fokus bei der Klimaschutzpolitik: „Unser gemeinsames Ziel muss der Dreiklang aus Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz bleiben. Dieser kann aber nicht allein über die Primärenergie, sondern muss auch über die CO2 Emission und Endenergiekosten abgebildet werden.“

---

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

men an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)

Pressekontakt:  
Marion Hoppen  
Pressesprecherin

[marion.hoppen@bfw-bund.de](mailto:marion.hoppen@bfw-bund.de)